



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

# Nachwuchsquoten in Parteien und Parlamenten

Warum die Mitbestimmung junger Menschen durch Quoten sinnvoll ist



## Zusammenfassung

In Deutschland und den meisten anderen Industrienationen verringert sich der Anteil junger Menschen im Vergleich zu der Anzahl älterer Menschen stetig. Diese demografische Veränderung hat tiefgreifende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und das politische Agenda Setting. Vor diesem Hintergrund gibt es Anlass zu befürchten, dass die Interessen der jungen Generation nicht mehr adäquat berücksichtigt werden. Gestützt wird diese Annahme durch die Unterrepräsentanz junger Menschen in wesentlichen Entscheidungsgremien. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) fordert daher institutionell verbindliche Nachwuchs- und Jugendquoten, um der Marginalisierung junger Menschen entgegen zu wirken und ihnen aktive Teilhabe und Mitbestimmung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu reagieren ist ein generationenübergreifendes Projekt, in das sowohl Alte als auch Junge ihr Wissen und ihre Ideen gleichermaßen einzubringen gefordert sind. Nach wie vor bleiben allerdings die Meinungen und Ansichten der jungen Bevölkerung – der Generation also, die am meisten von den Folgen der heute getroffenen Entscheidungen betroffen ist – weitgehend unbeachtet. Nachwuchs- beziehungsweise Jugendquoten sind Instrumente, um dieses Ungleichgewicht abzuschwächen und die Grundlagen einer zukunfts- und nachhaltigkeitsorientierten Politik zu schaffen. Durch Quoten würde sichergestellt, dass die junge Generation eine feste Stimme im politischen Entscheidungsprozess erhält.

# INHALT

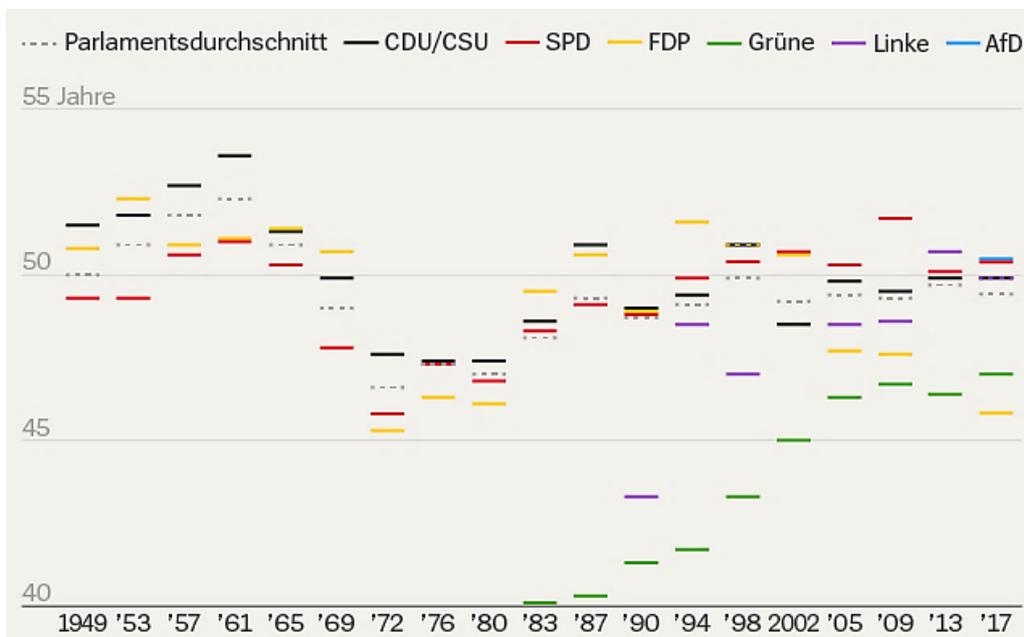
1.	Ungleiche Mitbestimmung.....	1
2.	Wie soll die Quotenregelung ausgestaltet werden? .....	3
2.1.	Die Begriffe „Nachwuchsquote“ und „Jugendquote“ .....	3
2.2.	Nachwuchsquoten bei der Listenaufstellung von Parteien .....	4
2.3.	Jugendquoten im außerparlamentarischen bzw. -politischen Raum .....	5
3.	Warum ist es sinnvoll, dass auch junge Menschen im Parlament sind?.....	6
3.1.	Gegenwartsorientierung der Politik mildern.....	6
3.2.	(Frische) Ideen und Lösungsansätze einbeziehen .....	7
3.3.	Akzeptanz von Entscheidungen verbessern.....	7
3.4.	Symbolisches Zeichen setzen .....	8
3.5.	Partizipation und Interesse steigern .....	8
3.6.	Wahlbeteiligung junger Menschen steigern.....	8
4.	Welche Gegenargumente gibt es – und lassen sie sich widerlegen?.....	9
4.1.	Die dahinterstehende Idee von Repräsentation ist ganz falsch.....	9
4.2.	Es gibt keine gemeinsamen Interessen der jungen Generation.....	10
4.3.	Die Politik von jungen Menschen wäre nicht an Fragen der Zukunft orientiert .....	11
4.4.	Jungen Menschen mangelt es an Erfahrung.....	11
4.5.	Wenn die Jugend durch eine Quote gefördert wird, dann bitte auch andere Minderheiten .....	11
5.	Nachwuchsquoten bei deutschen Parteien .....	12
5.1.	Neuenquote bei den Grünen.....	13
5.2.	Wahlvorschlagsrecht bei der Linken .....	14
6.	Internationale Beispiele für Nachwuchsquoten .....	14
	Literatur .....	19
	Über die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen .....	23

## 1. Ungleiche Mitbestimmung

In den Industrienationen steigt der Anteil der Älteren im Vergleich zu den jungen Menschen kontinuierlich. Stellten 2013 Personen im Alter von 65 oder mehr Jahren knapp 20 Prozent der deutschen Bevölkerung, wird ihr Anteil im Jahr 2060 – einer Hochrechnung des Statistischen Bundesamtes (2015: 45-52) zufolge – zwischen 30 und 34 Prozent liegen.

Diese Entwicklung spiegelt sich bereits heute auf der politischen Ebene wieder. Die Daten zur Altersstruktur der Abgeordneten geben einen Hinweis auf die geringe Anzahl junger Menschen im Deutschen Parlament. Derzeit sind 40 von 709 Abgeordneten (5,64 Prozent) unter 35 Jahren alt.<sup>1</sup> Der Anteil der 18- bis 35-Jährigen an der gesamten Bevölkerung liegt jedoch bei rund 20 Prozent. Der Trend geht seit den 1970er Jahren zu einem immer älteren Parlament, auch wenn der aktuelle Bundestag etwas jünger ist als z.B. 1998, wie Abb. 1 zeigt.

Abb.1: Durchschnittsalter der Mitglieder der Fraktionen im 19. Bundestag



Quelle: Auswertung des SPIEGEL; Zahlenbasis: Angaben des Bundeswahlleiters; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-konstituiert-sich-das-ist-das-neue-parlament-a-1174308.html>

Im Jahr 2014 betrug bei der Linken das Durchschnittsalter der Parteimitglieder 60 Jahre, bei CDU und SPD 59 Jahre, bei der CSU 58 Jahre, bei der FDP 54 Jahre und dem Bündnis 90/Die Grünen 49 Jahre (Statista 2015). Diese schwache Repräsentanz junger Menschen in Parlament und Parteien birgt die Gefahr, dass Themen der jungen Generation nicht adäquat artikuliert werden können. Ihre Diskurse schaffen es nicht auf die politischen Agenden. Dies trägt dazu bei, dass junge Menschen und deren Interessen durch das bisherige System auf

<sup>1</sup> Vgl. Datenhandbuch des Deutschen Bundestags; Alters- und Sozialstruktur; Durchschnittsalter; [https://www.bundestag.de/blob/272472/845a43854fa9800086b66825b7d5cd73/kapitel\\_03\\_01\\_altersgliederung-pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/blob/272472/845a43854fa9800086b66825b7d5cd73/kapitel_03_01_altersgliederung-pdf-data.pdf). Zum Zeitpunkt der Konstituierung des 19. Deutschen Bundestags waren es 9,3 Prozent (66 Abgeordnete).

der politischen Ebene nicht ausreichend vertreten werden. Nach der Theorie der „deskriptiven Repräsentation“<sup>2</sup> ist es für eine effektive Repräsentation erforderlich, dass sich das soziokulturelle Profil der Parlamentsmitglieder und das der Bevölkerung ähneln. Man stelle sich ein Parlament vor, in dem beispielsweise ausschließlich alte, weiße, wohlhabende und religiöse Männer sitzen. Könnte ein solches Parlament wirklich beanspruchen, die Interessen von Bürger\*innen<sup>3</sup> andere Merkmale mit zu vertreten?

Die politische Altersstruktur in Deutschland stellt in Kombination mit dem gegenwartsorientiertem politischen System eine große gesellschaftspolitische Herausforderung dar.<sup>4</sup> Bereits der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker bescheinigte demokratischen Regierungssystemen ihren Hang zur „Verherrlichung der Gegenwart und der Vernachlässigung der Zukunft“ (Weizsäcker 1998: 53). Hierfür lassen sich in Anlehnung an Dennis Thompson (2010) drei Hauptursachen finden. Erstens neigen Menschen dazu, kurzfristige Vorteile gegenüber langfristigen zu bevorzugen. Zweitens fordern die kurzen Wahlperioden und der Wunsch nach Wiederwahl eine auf vorzeigbare Ergebnisse ausgerichtete Politik. Drittens neigen die Demokratien der Industriestaaten dazu, die Anliegen älterer Bevölkerungsanteile aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit an der Wahlurne zu bevorzugen.

Durch periodisch wiederkehrende Wahlen werden Parteien und Parlamente geradezu gezwungen, sich bevorzugt mit Angelegenheiten zu befassen, die einen Wahlerfolg versprechen, also schnelle und konkrete Resultate erzeugen. Der politische Handlungshorizont ist folglich an Wahlperioden ausgerichtet. Im Werben um Stimmen muss sich jede Partei auf die Vorlieben der aktuellen Wählerschaft konzentrieren, weil künftige Wähler\*innen nun mal heute noch keine Stimmen haben (Tremmel 2014: 38). Bei der Bundestagswahl 2013 lag das Medianalter der Wahlberechtigten erstmals über 50 Jahren (Bertelsmann Stiftung 2014a: 6). Das bedeutet, mehr als die Hälfte der potentiellen Wähler\*innen war 50 Jahre oder älter. Die mangelnde Repräsentation der jungen Generation führt dazu, dass Entscheidungen nicht durch die in ihren restlichen Lebensjahren mehrheitlich davon Betroffenen, sondern durch die Mehrheit der Wahlberechtigten entschieden werden. Daraus wird ersichtlich, dass – zusammen mit der geringen Teilhabe junger Menschen an politischer Gremienarbeit – Zukunftsfragen und die Anliegen der jungen Generation mehrfach außen vor bleiben.

Der Blick in den Bundestag und die Parteien zeigt, dass jungen Menschen mit ihren frischen Ideen und Denkansätzen kaum – ernstgemeinter – Raum zur Mitgestaltung gegeben wird. Dieses Ungleichgewicht beruht auf verschiedenen Ursachen. Das Fehlen von Netzwerkkon-

---

<sup>2</sup> Der Begriff stammt von Hanna Pitkin (1967).

<sup>3</sup> Mit dem Gebrauch einer geschlechtersensiblen Sprache ist die Absicht verbunden, soziale Ungleichheiten und Diskriminierungen nicht zu reproduzieren. Die Verwendung des \* soll zum Ausdruck bringen, dass das männliche Genus nicht generalisiert alle Geschlechter meinen sollte.

<sup>4</sup> Vgl. Tremmel 2018: 109-111. Die Forschung zu institutionellen Antworten auf die ‚Gegenwartspräferenz‘ von Demokratien hat in jüngster Zeit Fahrt aufgenommen. Allein 2016/2017 erschienen vier bemerkenswerte Neuerscheinungen: *Governing for the future* (J. Boston); *Institutions for future generations* (González-Ricoy/Gosseries); *Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie* (M. Rose) und *Die Repräsentation von Non-Voice-Partys in Demokratien* (L. Köhler).

takten und finanziellen Mitteln zum Führen eines eigenen Wahlkampfs werden zum Ausschlusskriterium junger Menschen. Dadurch wird politischer Nachwuchs durch eine unsichtbare Schranke (glass ceiling) ausgebremst.

Es scheint daher dringend geboten, die Mitbestimmung der jungen Generation institutionell festzuschreiben, durch eine Quote.

## 2. Wie soll die Quotenregelung ausgestaltet werden?

### 2.1. Die Begriffe „Nachwuchsquote“ und „Jugendquote“

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) spricht sich prinzipiell für Verfahren aus, die sich an den Zielen Langfristigkeit und Zukunftsverantwortung orientieren. Angesichts der geringen Repräsentanz der jungen Generation schlagen wir vor, in relevanten Entscheidungsgremien **Nachwuchs- und Jugendquoten zu etablieren**. Wenn im Anschluss von Quoten die Rede ist, bezeichnen sie in aller Regel ein entsprechendes Verfahren für den Zugang zu einem bestimmten System.<sup>5</sup> Bei einer **Quotenregelung zur politischen Teilhabe** bedarf es Altersgrenzen, die den entsprechenden Lebensabschnitt nach oben und ggf. auch nach unten abgrenzen. Es erscheint sinnvoll, die Untergrenze bei einem Alter von 18 Jahren anzusetzen – dies entspricht dem derzeitigen Mindestalter, ab dem man sich in Deutschland selbst zur Wahl stellen kann (passives Wahlrecht).<sup>6</sup> Die obere Grenze wird bei einem Alter von 35 Jahren gesetzt. Menschen im Alter von 18-35 Jahren sind keine „Jugendlichen“ mehr. Wenn es daher um Quoten in Parlamenten oder Parteien geht – und damit um einen Zugang zum politischen System – wird fortan von „**Nachwuchsquoten**“ gesprochen.

Auch außerhalb des politischen Raumes, etwa in **gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und medialen Foren**, lohnt sich angesichts des demografischen Wandels eine Debatte um die Etablierung von Quoten, um eine Partizipation der jungen Generation in diesen Bereichen zu sichern. Da es hier keine passive Wahlaltersgrenze gibt und grundsätzlich allen Menschen ein Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung zusteht, wird in diesen Kontexten von einer **Jugendquote** gesprochen. Der Begriff „Jugendquote“ wird also nachfolgend immer dann verwendet, wenn es keine untere Altersgrenze gibt.

---

<sup>5</sup> Anders als zu Frauenquoten gibt es bisher nur sehr wenige Literatur zu Nachwuchsquoten für Parlamente und Parteien. Pionierarbeiten sind Bidadanure 2014; Trantidis 2016; Tozer 2018; die zweijährlichen Studien der Inter-Parliamentary Union „Youth participation in national parliaments“ (zuletzt 2018 erschienen), der Sammelband von Tremmel et al. 2015, sowie das Sonderheft der *Intergenerational Justice Review* zu diesem Thema (Heft 1/2015; Vol 1). Für Deutschland hat Leif (2010: 436) eine Jugendquote gefordert.

<sup>6</sup>An dieser Stelle soll auf das Positionspapier der SRzG zum Thema „Wahlrecht für Jugendliche und ältere Kinder“ hingewiesen werden. Siehe dazu [https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2018/04/PP-Wahlrecht\\_2018.pdf](https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2018/04/PP-Wahlrecht_2018.pdf)

## 2.2. Nachwuchsquoten bei der Listenaufstellung von Parteien

Der Weg, junge Menschen ins Parlament zu bekommen, führt in Deutschland (wie in vielen, wenn auch nicht allen anderen Demokratien), über die Parteien.<sup>7</sup> Zwar ist es letztlich das *Parlament*, nicht die Parteien, auf das die Quotenregelung abzielt. Aber natürlich setzt sich das Parlament entsprechend des Wahlergebnisses aus den durch die Parteien aufgestellten Kandidat\*innen zusammen. Die **Kandidat\*innennominierung** der deutschen Parteien erfolgt im Vorfeld von Landtags- oder Bundestagswahlen in der Regel intern. Hierbei werden die Namen der Kandidat\*innen sowie deren Rangfolge durch ein vorher festgelegtes Parteigremium bestimmt. Das bedeutet, den Wahlberechtigten bei Bundes- und Landtagswahlen stehen i.d.R. nicht einzelne Personen zur Wahl, sondern nur die ganze Liste einer Partei. Der Anteil an jungen Menschen zwischen 18 und 35 Jahren liegt in Deutschland derzeit bei rund 20 Prozent, doch nur 5 Prozent aller Abgeordneten im Deutschen Bundestag sind unter 35 Jahren alt. Die Repräsentanz der jungen Generation im Parlament liegt demnach deutlich unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Bei der **Listenaufstellung der Parteien** auf Landes- und Bundesebene sollten daher **20 Prozent** der aussichtsreichen Plätze mit Personen zwischen 18 und 35 Jahren besetzt werden.<sup>8</sup> Es sollten nach Möglichkeit harte Quoten eingeführt werden; notfalls können Parteien auch zunächst eine weiche Quote beschließen, bis sie mehr junge Kandidat\*innen rekrutiert haben. Eine harte Quote bedeutet, dass falls nicht ausreichend Kandidat\*innen zur Besetzung der Plätze zur Verfügung stehen, genauso viele nicht quotierte Plätze nicht besetzt werden. Eine weiche Quote hingegen bedeutet, dass mangels Kandidat\*innen nicht-besetzbare Quotenplätze frei bleiben, die nicht quotierten Plätze aber weiter gefüllt werden.<sup>9</sup>

Darüber hinaus soll beim **Kabinett** in Bund und Ländern ebenfalls eine Nachwuchsquote von **20 Prozent** gelten.

Zur Nominierung der Kandidat\*innen werden den Parteien durch das Bundes- und die Länderwahlgesetze besondere Vorschriften auferlegt (Korte 2009: 62). Wünschenswert ist die Aufnahme einer Regelung zur verbindlichen Anwendung einer Nachwuchsquote in Höhe des maßgeblichen Bevölkerungsanteils in diese Gesetzestexte. Dies würde dazu führen, dass alle Parteien gleichermaßen eine Quote einführen müssten. Wie schon in verschiedenen Ländern im Ausland (siehe Tab. 1) würde eine gesetzliche Regelung sicherstellen, dass in Deutschland die Anzahl der Abgeordneten unter 35 Jahren im Bundestag und den Landtagen wirklich anstiege. Analog dazu ließe sich auch mit der **Zusammensetzung des Kabinetts** auf Bundes- und Landesebene verfahren. Zu diskutieren ist, ob auch für Kabinette

---

<sup>7</sup> In Baden-Württemberg und im Saarland findet eine personalisierte Verhältniswahl ohne Listen statt und die Wähler\*innen haben bei Landtagswahlen nur eine Stimme.

<sup>8</sup> Offensichtlich ist, dass sich die prozentuale Höhe der Quote am faktischen Anteil der jungen Generation an der Gesamtbevölkerung orientieren muss. Wie aber ist „junge Generation“ (als Teil der Gesamtbevölkerung) sinnvoll zu definieren? Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass 18-35-Jährige die Interessen von Kindern besser vertreten können als Über-35-Jährige. Daher ist die Referenzgruppe in der Gesamtbevölkerung der Anteil der 18-35-Jährigen, und nicht der Anteil der der Unter-35-Jährigen in Deutschland.

<sup>9</sup> Tobias Hainz (2014: 50) führt dies im Detail aus.

eine Nachwuchsquote sowohl im deutschen Grundgesetz – welches die Aufstellung des Bundeskabinetts regelt – als auch in den Verfassungen der Bundesländer – die entsprechend die Zusammensetzung der Länderkabinette vorschreiben – verbindlich festgeschrieben wird. Zu wünschen ist zudem, dass sich besagte Regelung auch auf die **parlamentarischen Gremien** auswirkt, sodass Ausschüsse und Arbeitsgruppen ebenfalls davon profitieren. Zu denken ist hier beispielsweise an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Auch wenn meist nur vom Familienausschuss gesprochen wird, ist es eine wichtige Aufgabe dieses Ausschusses, Jugendliche zu stärken. Abgeordnete im jugendnahen Alter sollten hier Mitsprache als Repräsentant\*innen der betroffenen Altersgruppe haben. Zu denken ist aber auch an den Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung, der im Jahr 2004 eingerichtet wurde und die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung parlamentarisch begleiten soll. Da der Beirat „Anwalt langfristiger Verantwortung im politischen Geschehen“ (Bertelsmann Stiftung 2014a: 35) sein soll, wäre es besonders erstrebenswert, hier eine höhere Beteiligung junger Abgeordneter zu erreichen.

### 2.3. Jugendquoten im außerparlamentarischen bzw. -politischen Raum

Vergleichbar zu der Forderung nach Nachwuchsquoten soll auch in relevanten außerparlamentarischen Gremien **jungen Menschen mehr Mitbestimmung** zugesprochen werden. Denkbar ist hier, dass beispielsweise die deutschen Rundfunkanstalten bei der Zusammensetzung der jeweiligen Rundfunkräte eine Jugendquote anwenden. Bei den öffentlich rechtlichen Fernseh- und Radiosendern ist in der Regel der so genannte **Rundfunkrat** das oberste Gremium bei der Programmkontrolle. Er soll sicherstellen, dass die Programme verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen offen stehen und im besten Fall deren Interessen abdecken. Dazu setzt sich der Rat aus Mitgliedern beziehungsweise Vertreter\*innen verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen – zum Beispiel dem Naturschutzbund, Gewerkschaften, Wirtschaftsunternehmen oder Kirchen – zusammen. Die Größe der Gremien ist dabei unterschiedlich festgelegt. Der Blick in die diversen Rundfunkräte zeigt, dass längst nicht in allen Gremien Jugendvertreter\*innen vorhanden sind. Vorstellbar ist hier, einen **Anteil der Sitze für junge Menschen unter 35 Jahren** zu reservieren. Der entsprechende Anteil der Sitze würde sich dabei nach der Größe des Gremiums und den zu vergebenen Sitzen richten. Die Rundfunkanstalten könnten eine Jugendquote aus eigenem Antrieb anwenden, um die Meinungen und Ideen der jungen Generation mit einzubeziehen. Dies würde ein starkes Signal an Gesellschaft und Politik setzen. Außerdem sollte angenommen werden, dass eine größere Ansprache bei der jungen Generation auch im Interesse der Medienmacher\*innen liegt.

Der **Rat für Nachhaltige Entwicklung** – der von der Bundesregierung im Jahr 2001 erstmals berufen wurde – hat die Aufgabe, durch Beratung der Bundesregierung die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie inhaltlich voranzubringen und diese durch die Gestaltung von Projekten umzusetzen. Ein Blick auf die Mitglieder des Rates zeigt, dass sich darunter weder Jugend-

vertreter\*innen noch eine Person unter 35 Jahren befinden.<sup>10</sup> Der Rat für Nachhaltige Entwicklung will durch Nachhaltigkeitspolitik den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft auf integrierte Art und Weise voranbringen. Bei einer solchen Politik ist es unabdingbar, dass gerade diejenigen, die am meisten von den heute getroffenen Entscheidungen in der Zukunft betroffen sein werden, ein Mitspracherecht erhalten. Die junge Generation nicht oder kaum miteinzubeziehen wirkt desintegrierend. Um eine Teilhabe bei Entscheidungen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu garantieren, sollte auch im Rat für nachhaltige Entwicklung eine Jugendquote eingeführt werden, sodass eine bestimmte **Anzahl von Sitzen an Personen unter 35 Jahren vergeben** wird, um die Belange der jungen Generation zu vertreten.<sup>11</sup> Der Rat wurde im Jahr 2001 von der damaligen Bundesregierung einberufen. Die Zusammensetzung des Rates obliegt nach wie vor der exekutiven Gewalt, sodass eine Berufung oder Nicht-Berufung junger Menschen in erster Linie durch die entsprechende Bundesregierung entschieden wird.

### 3. Warum ist es sinnvoll, dass auch junge Menschen im Parlament sind?

Das Instrument der Quote ist in demokratischen Gesellschaften nicht unumstritten. Gleichwohl wird allgemein akzeptiert, dass Quoten dabei helfen können, Minderheiten davor zu schützen, dass ihre Interessen und Anliegen unzureichend beachtet werden oder eine ganze Gruppe marginalisiert wird. Die Diskussion um die Frauenquote hat das Spannungsfeld anschaulich aufgezeigt. Die Tatsache, dass Jugendliche nicht dauerhaft jung bleiben, sollte Politik und Gesellschaft nicht daran hindern, sich in ausreichendem Maße den Anliegen der *jeweiligen* Jugendgeneration zu widmen. Die Inter-Parliamentary Union, ein Forum aller Parlamente der Welt, fordert (2018: 27): „Governments, parliaments and political parties should consider introducing youth quotas to enhance the selection and promotion of young candidates and adopting lower age thresholds to help more politicians in their 20s and 30s get elected.“ Die folgende Auflistung soll zeigen, welchen Mehrwert eine Ausweitung des Anteils junger Parlamentarier\*innen – durch Quoten – mit sich brächte.

#### 3.1. Gegenwartsorientierung der Politik mildern

Durch das zeitliche Auseinanderfallen von Ereignissen, deren Grundsteine zwar die heutige Generation legt, deren Wirkungen jedoch erst kommende Generationen betreffen, entsteht eine Repräsentationslücke. Um es mit den Worten von Ivo Wallimann-Helmer zu sagen, sollten diejenigen, welche die langfristigen Folgen zu tragen haben,

---

<sup>10</sup> Zu den Mitgliedern siehe <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/der-rat/mitglieder-des-rates/> (20.12.2018).

<sup>11</sup> Unberührt davon bleibt die Forderung, Vertreter\*innen der nachkommenden – und noch nicht geborenen – Generation(en) in wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsgremien zu benennen, bei Debatten einzubeziehen und mit einem Stimmrecht auszustatten, vgl. SRzG-Positionspapier Sieben Bausteine für eine zukunftsgerechtere Demokratie. [https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2018/06/PP\\_Bausteine-f%C3%BCr-eine-zukunftsgerechte-Demokratie.pdf](https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2018/06/PP_Bausteine-f%C3%BCr-eine-zukunftsgerechte-Demokratie.pdf)

„[...] bei der Entscheidung darüber, ob die damit einhergehenden Risiken eingegangen werden sollen oder nicht, ein angemessenes, wenn nicht gar überproportionales Gewicht im Entscheidungsprozess haben.“ (Wallimann-Helmer 2015: 247).

Junge Menschen haben eines gemeinsam: eine lange Restlebenserwartung und dadurch die Betroffenheit von den langfristigen Wirkungen heutiger Politik, im Guten wie im Schlechten. Aus dieser gemeinsamen Eigenschaft ergibt sich ein Gruppeninteresse an vorausschauender, zukunftsorientierter Politik.

### **3.2. (Frische) Ideen und Lösungsansätze einbeziehen**

Die Nachwuchsquote würde die Einbeziehung altersbezogener Ansichten in den Ideenfundus der politischen Parteien garantieren (Bidadanure 2014; 2015) und bewirken, dass die aus ihrer Lebenswelt entspringenden Anliegen und Vorstellungen der jungen Generation auf die politische Agenda gesetzt und damit Gegenstand der Debatten würden. Durch einen angemessenen Anteil Jüngerer im Parlament würden unkonventionelle und innovative Ideen voraussichtlich an Gewicht gewinnen. Wenn junge Menschen als wesentlicher Bestandteil der Gesellschaft in politische Debatten und Entscheidungsprozesse nicht eingebunden werden, führt das zu einer weitgehenden Ausgrenzung ihrer Gedanken und Ideen und damit zur Nichtabrufung von Wissensressourcen.<sup>12</sup> Unsere Gesellschaft steht zum Beispiel im Hinblick auf eine gemeinwohlverträgliche Digitalisierung vor großen Herausforderungen – es wäre fahrlässig, die Wissensbestände von jungen Menschen (digital natives) zu vernachlässigen. Auch im Bereich Nachhaltigkeit werden neue Antworten dringend gesucht. Im Anthropozän greifen viele Lösungsansätze nicht mehr, die für das Holozän angemessen waren. Ein altersmäßig ausreichend heterogenes Parlament ermöglicht eine bessere Deliberation. Junge Menschen können Lösungsansätze vorschlagen, auf die sonst niemand gekommen wäre.

### **3.3. Akzeptanz von Entscheidungen verbessern**

„Betroffene zu Beteiligten machen“, so lautet ein Credo für sozialen Frieden und Integration. Aufgrund des demografischen Wandels steht unsere Gesellschaft zum Beispiel in der Renten- und Pflegepolitik vor Entscheidungen, die für die nachrückenden Jahrgänge schmerzhaft werden dürften. Die Nachwuchsquote wäre ein Instrument, um die Legitimität von solchen harten Entscheidungen zu stärken und die Zustimmung der jungen Menschen in der Gesamtbevölkerung zu getroffenen Entscheidungen zu vergrößern. Parlamente mit einer stärkeren Altersvielfalt würden eine Gesellschaft hervorbringen in der sich keine Altersgruppe ausgeschlossen fühlt, und damit die demokratische Regierungsform im Ganzen stärken.

---

<sup>12</sup> In den Worten der IPU (2018, 22): „Greater numbers of young people can also invigorate policy deliberations. They can bring newness and freshness to political debates, being perhaps more anxious to resolve problems than longer-serving MPs.“

### 3.4. Symbolisches Zeichen setzen

Jungen Menschen wird oft der Eindruck vermittelt, dass ihre Argumente und Anliegen nicht ernst zu nehmen sind. Eine Nachwuchsquote würde der Gesellschaft und vor allem den jungen Menschen signalisieren, dass ihre Mitwirkung wertgeschätzt wird. Der Status der jungen Generation als gleichberechtigte Bürger\*innen würde hierdurch anerkannt (Bidadanure 2015). „Nichts schadet einem jungen Menschen mehr als das Gefühl, keinen Platz zu finden, nicht gebraucht zu werden und von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein“, hat der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker einmal gesagt (Herr/Speer 2015). Die Repräsentation der jungen Generation in politischen Gremien kann darüber hinaus einen bedeutenden Beitrag zum positiven Selbstbild der jungen Menschen leisten.

### 3.5. Partizipation und Interesse steigern

Die Quoten-Regelung würde dazu beitragen, dass sich die junge Generation mit ihren Ideen respektiert sieht und politischen Institutionen mehr Vertrauen entgegenbringt. Aus der Studie Junge Deutsche 2015 – bei der mehr als 5.000 junge Menschen zu ihren Lebenswelten befragt wurden – geht hervor, dass sich 64 Prozent der Befragten im Alter von 14 bis 34 Jahren wenig bis gar nicht politisch engagieren, weil sie den Eindruck haben, nichts bewegen zu können. Die Frage, ob die Politik die Interessen der jungen Generation ausreichend vertrete, verneinten 77 Prozent der Befragten (Datajockey 2015). Durch die Etablierung von Nachwuchsquoten würde der positive Eindruck vermittelt, dass die Politik einer Beteiligung von jungen Erwachsenen offen gegenüber steht, ihre Teilnahme sogar gewünscht ist. Mit der Forderung nach einer Nachwuchsquote ist demnach die Vision von mehr Partizipation und einem Anschluss junger Menschen an den politischen Raum verbunden. Junge Abgeordnete können in diesem Zusammenhang als Rollenvorbild und Identifikationsfigur dienen, um in ihrer Altersgruppe das Interesse an Politik zu verstärken (Wallimann-Helmer 2015: 233).

### 3.6. Wahlbeteiligung junger Menschen steigern

Die Wahlbeteiligung junger Menschen ist deutlich niedriger als bei Älteren. Bei der Bundestagswahl 2017 lag die Wahlbeteiligung der 18 bis 35-Jährigen unter 70 Prozent (18 bis 20-Jährige: 69,9 %; 21 bis 24-Jährige: 67,0 %; 25 bis 29-Jährige: 68,6 %; 30 bis 34-Jährige: 72,0 %), wohingegen sie bei den älteren erfassten Altersgruppen deutlich höher lag (mit einem Spitzenwert von 81 Prozent bei den 60 bis 69-Jährigen).<sup>13</sup> Bei den Wahlen 2013 war die Differenz zwischen der Wahlbeteiligung der 18 bis 35-Jährigen und der Über-45-Jährigen sogar noch deutlich größer. Betrachtet man die letzten Jahrzehnte, so ist bei einem allgemeinen Trend hin zu einer geringeren Wahlbeteiligung die Wahlbeteiligung der jungen Generation stärker gesunken als die der älteren. Das Fernbleiben von Wahlen sowie die

---

<sup>13</sup> Siehe Bundeswahlleiter (Hg.) (2018): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24.9. 2017. Heft 4, [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/eod2b01f-32ff-40fo-ba9f-50b5f761bb22/btw17\\_heft4.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/eod2b01f-32ff-40fo-ba9f-50b5f761bb22/btw17_heft4.pdf), 11.

geringe politische Teilhabe junger Menschen haben nicht zuletzt einen wesentlichen Einfluss auf die Qualität und Legitimität unserer Demokratie (IDEA 2013: 10, UNDP 2013: 3).

#### **4. Welche Gegenargumente gibt es – und lassen sie sich widerlegen?**

Hinsichtlich der Frage, ob Nachwuchs- bzw. Jugendquoten in demokratisch verfassten Staaten ein legitimes Instrument darstellen, lassen sich einige Vorbehalte ausmachen. Da das Instrument zur verbindlichen Beteiligung der jungen Generation an relevanten Entscheidungen mittels einer Quote bisher erst in wenigen Ländern (siehe Tab. 1 unten) erprobt ist und zumindest für Deutschland eine Neuerung darstellen würde, findet es nicht ohne weiteres und unhinterfragt Akzeptanz. Eine Debatte darüber ist gut und wichtig. An dieser Stelle sollen wesentliche Zweifel und Bedenken an einer Jugend- und Nachwuchsquote benannt werden. Diese unkommentiert zu lassen, wäre allerdings unserer Forderung nach Nachwuchs- bzw. Jugendquoten nicht dienlich. Und tatsächlich gibt es stichhaltige Argumente zur Widerlegung oder zumindest Abschwächung der Vorbehalte.

##### **4.1. Die dahinterstehende Idee von Repräsentation ist ganz falsch**

Die in der Fachliteratur „deskriptive“ oder „spiegelbildliche“ genannte Idee der Repräsentation hält es für wünschenswert, dass Volksvertreter einige der wesentlichen Merkmale der Gruppe, die sie vertreten, teilt, wie z.B. gemeinsame Erfahrungen und/oder körperliche Identität (Pitkin 1967). Da jeder einen einmaligen, nicht-reproduzierbaren Erfahrungshintergrund hat, sei es schwierig, wenn z.B. Männer die Interessen von Frauen oder Vertreter der Oberschicht die Interessen der Arbeiterklasse zu repräsentieren versuche. Das Ideal der deskriptiven Repräsentation besteht darin, dass die repräsentative Versammlung die sozio-demografischen Spaltungen innerhalb der Gesellschaft in genauen Anteilen widerspiegelt - es sollte die gesamte Bürgerschaft im Mikrokosmos sein (Birch 1971: 17; 1975: 56).

Diese Idee von Repräsentation ist kritisiert worden. Sollten zum Beispiel Muslime wirklich ihren Repräsentationsauftrag so verstehen, dass sie vor allem die Interessen von Muslimen befördern, sollten Frauen die Interessen von Frauen und Jüngere die Interessen von Jüngeren über alles andere stellen? Immerhin lautet Art. 38 Abs. 1 GG: „[\[Die Abgeordneten\] sind Vertreter des ganzen Volkes...](#)“.

Dieses erste Gegenargument verkennt, dass hier keineswegs kritisiert wird, wenn alle Parlamentarier ihre Gruppenzugehörigkeiten zu überschreiten und gemeinwohlorientierte Entscheidungen zu treffen versuchen. Allerdings setzt dies einen echten Austausch voraus. In der Geschichte des Parlamentarismus haben völlig homogene Parlamente selten gemeinwohlorientierte Entscheidungen getroffen. Man stelle sich vor, im Bundestag säßen zu hundert Prozent Männer. Natürlich könnte es sein, dass dieser Männerclub frauenspezifische Interessen genauso stark im Blick haben wie seine eigenen, aber eine solche Annahme wäre ein wenig blauäugig.

Die Chance, seinen Erfahrungen Ausdruck zu verleihen und seine Ziele und Interessen selbst zu artikulieren, ist ein wesentlicher Aspekt der politischen Partizipation. Junge Menschen sollten daher ihre Anliegen selbst einbringen dürfen und sollten nicht nur durch Ältere vertreten werden.

Die Idee der deskriptiven Repräsentation sollte nicht verabsolutiert werden, aber diese Idee hat – je nach Land in einem anderen Kontext – in den letzten Jahrzehnten zahlreichen politisch abstinenten oder sogar offen unterdrückten Gruppen Mut gemacht, den Schritt in die Politik zu wagen, was der Demokratie insgesamt zu Gute gekommen ist.

#### **4.2. Es gibt keine gemeinsamen Interessen der jungen Generation**

Natürlich haben junge Menschen sehr uneinheitliche Musik- oder Kleidungsgeschmäcker. Aber wenn in diesem Positionspapier von gemeinsamen „Interessen“ die Rede ist, sind nicht Geschmäcker gemeint. Wie erwähnt, haben junge Menschen aufgrund ihrer langen Restlebenserwartung (also dem Merkmal, das sie von nicht-jungen Parlamentsmitgliedern unterscheidet) das oben erwähnte Gruppeninteresse an zukunftsorientierter Politik. Damit wird nicht behauptet, dass es keinen einzigen jungen Parlamentarier geben kann, dem die Zukunft egal ist. Folgender Vergleich hilft beim Verständnis: Alle Frauen können Kinder gebären und haben somit als Gruppe ein Merkmal, das sie von Nicht-Frauen unterscheidet. Auch hier gibt es Frauen, denen Kinderkriegen egal ist. Trotzdem haben Frauen im Allgemeinen ein Interesse daran, dass es Mutterschutzurlaub gibt und dass für die Zeit danach familienfreundliche Rechtsnormen für die Rückkehr in den Beruf existieren. Ähnlich hat auch die Gruppeneigenschaft „hohe Restlebenserwartung“ im Allgemeinen zur Folge, dass man besonders an vorausschauender, langfristig orientierter Politik interessiert ist.

Es sollte zudem unbestreitbar sein, dass Lebensabschnitte mit jeweils eigenen Erfahrungen<sup>14</sup> verbunden sind. Aus diesen Erfahrungen ergeben sich altersbezogene Interessen der 18 bis 35-Jährigen, die sich von den Anliegen der älteren Generation unterscheiden. Es liegt auf der Hand, dass beispielsweise Fragen rund um die Themen Bildung, Arbeitsmarktzu- gang und Wohnraumkrise die junge Generation in besonderer Weise bewegen, wohingegen diese bei der älteren Generation wohl nicht mehr im Vordergrund stehen. Im Gegensatz dazu haben ältere Menschen prinzipiell ein gemeinsames Interesse daran, hohe Renten zu bekommen. Auch wenn dieses Interesse bei manchen Alten stärker ausgeprägt ist als bei anderen, so ist doch einleuchtend, dass diese Forderung von Altenverbänden im Interesse ihrer gesamten Zielgruppe erhoben wird. Diese offenkundigen Gruppeninteressen zu konstatieren heißt nicht, die Mitglieder einer Generation dadurch zu einer homogenen Gruppe zu erklären.

---

<sup>14</sup> Bidadanure (2014: 42) gibt zu Recht zu bedenken, dass die Art und Weise, wie diese Erfahrungen erlebt werden, sich kulturell sehr stark unterscheiden kann.

### 4.3. Die Politik von jungen Menschen wäre nicht an Fragen der Zukunft orientiert

Die Beteiligung von jungen Menschen an politischen Entscheidungen stellt keine Garantie dar, dass verstärkt Zukunftsthemen behandelt würden. Auch einige junge Abgeordnete unterlägen vermutlich der Versuchung des kurzsichtigen Denkens, allerdings müssen sie anders als ältere Generationen von Abgeordneten auch noch in 50 oder mehr Jahren mit den Folgen heutiger (Fehl)entscheidungen leben. Es ist daher nicht überraschend, dass junge Menschen heutzutage von globalen Zukunftsfragen bewegt werden und Themen wie Umweltverschmutzung, Klimawandel und nachhaltiges Wirtschaften große Resonanz bei der jungen Generation erfahren (Sloam 2007: 553). Die *Shell Jugendstudie* aus dem Jahr 2010 beispielsweise fand heraus, dass 76 Prozent der Befragten zwischen 12 und 25 Jahren den Klimawandel als großes oder sogar sehr großes Problem ansehen und es als dringend notwendig erachten, dagegen anzugehen (Albert et al. 2010). Bei Demonstrationen (wie „fridays for future“) gehen überwiegend Jüngere für Klimaschutz auf die Straße. Und in den USA waren es junge Menschen, die nach den jüngsten Schulmassakern am ausdauerndsten für schärfere Waffenkontrollgesetze demonstrierten.

### 4.4. Jungen Menschen mangelt es an Erfahrung

Ein weiteres Gegenargument lautet, dass es jungen Menschen an Erfahrung mangle. Sie seien deshalb aufgrund ihres Alters ungeeignet, bei politischen Entscheidungen mitzubestimmen. Dem kann in Anbetracht der vielen aktuellen Probleme entgegengehalten werden, dass Erfahrung und Alter scheinbar keine Garanten einer erfolgreichen Politik sind. Auf viele Herausforderungen und Probleme, Konflikte und Schief lagen hat die bisherige Politik der Alten keine sinnvollen und nachhaltigen Antworten gefunden. Kurzfristige und ad hoc getroffene Entscheidungen beschwören neue Konflikte und Schwierigkeiten herauf. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich mit den Jahren Erfahrungen ansammeln, aber wenn sich die Rahmenbedingungen grundsätzlich ändern (wie bei der Digitalisierung oder beim Übergang in eine neue geologische Epoche vom Holozän zum Anthropozän), dann können die Jungen auch mal im Vorteil sein. Es geht nicht darum, die eine Art von Erfahrung gegen die andere Art auszuspielen. Die frischen Ideen, das Engagement und die Visionen der Jüngeren müssen sich verbinden mit dem Erfahrungsschatz, den die Älteren in ihren schon längeren Leben aufgebaut haben.

### 4.5. Wenn die Jugend durch eine Quote gefördert wird, dann bitte auch andere Minderheiten

Wenn man *erstens* das Argument akzeptiert, dass ein Parlament mehr oder weniger die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit abbilden sollte, und *zweitens* dass Quoten ein effizientes Mittel sind, um dieses Ziel zu erreichen, dann stellt sich die Frage: Quoten für welche Gruppen? Immerhin gibt es prinzipiell unzählige Gruppen in der Gesellschaft, die Kandidat\*innen für deskriptive Repräsentation sein können (Tozer 2018: 26): Rothaarige, Juden, Kleinwüch-

sige, Frauen, Linkshänder, Radfahrer, Behinderte, Jugendliche, etc. (...) Es gibt zum Glück Prinzipien, die sinnvoll festlegen können, welche Gruppen vertreten sein sollen, denn es ist sofort offensichtlich, dass es zwar einen guten Grund für die deskriptive Vertretung einiger dieser Gruppen, wie z.B. Frauen, gibt, während dies für andere Gruppen, z.B. Rothaarige, nicht gilt.<sup>15</sup> Für Tozer (2018) sind zwei Prinzipien entscheidend: Die Gruppe muss bedeutende, nicht bloß nebensächliche Gruppeninteressen haben und diese Interessen müssen politisch erfüllbar sein. Es ist nicht das Ziel dieses Positionspapiers, diese beiden Kriterien auf andere Gruppen, die ernsthaft für Quoten in Frage kommen (beispielsweise Frauen und Menschen mit Behinderungen) ausdiskutieren. Es genügt an dieser Stelle festzustellen, dass junge Menschen sowohl aufgrund ihrer Restlebenserwartung ein Gruppeninteresse im oben definierten Sinne haben – und dass es für „die Politik“ möglich ist, diesem Interesse Genüge zu tun, also nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Davon würden auch viele andere Gruppen profitieren.

## 5. Nachwuchsquoten bei deutschen Parteien

Die politischen Parteien in Deutschland wie in anderen Ländern nehmen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der demokratischen Grundordnung ein. Da Parteimitglieder die „Augen und Ohren“ der Parteien in Richtung der Gesamtgesellschaft sind, ist die zunehmende Alterung der Parteien ein Problem (Kölln/Polk 2017; Bruter/Harrison 2009; Scarrow/Gezgor 2010). Der seit den 1970er Jahren zu beobachtende generelle Rückgang der Parteimitgliedschaften betrifft in Deutschland die jüngeren Jahrgänge stärker – nicht weil sie verstärkt ausgetreten wären, sondern weil sie überhaupt seltener in Parteien eintreten. Parteien sollten von den Jüngeren nicht ignoriert werden, denn sie haben weiterhin wesentlichen Einfluss auf das politische Geschehen, indem sie konkrete politische Ziele formulieren und die verschiedenen politischen Auffassungen in die Entscheidungen der staatlichen Organe integrieren. Neben der Aufgabe, das politische Personal zu rekrutieren, obliegt ihnen auch, die gesellschaftlichen Interessen und Anliegen zu erfassen und zum Ausdruck zu bringen (Merten 2007: 80). Parteien ermöglichen die politische Beteiligung von Einzelnen und stellen dadurch eine Verbindung her zwischen der Gesellschaft und dem politischen System (Korte 2009: 20). Die organisierte Mitarbeit in Parteien stellt eine Sonderform der politischen Beteiligung dar, weil durch diese Art unmittelbar Einfluss auf politische Entscheidungen genommen werden kann (Wiesendahl 2013: 93). Die Partizipationsfunktion von Parteien bezieht sich auf die Vorstellung, dass über die Mitarbeit in Parteien die repräsentative Demokratie zum Ausdruck kommt (Alemann 2010: 216-221). Von besonderer Bedeutung ist außerdem die Integrationsfunktion von Parteien:

„Sie soll sicherstellen, dass in einer pluralistischen Gesellschaft die unterschiedlichen Interessen und Lebensweisen Berücksichtigung finden, miteinander verknüpft wer-

---

<sup>15</sup> Vgl. auch Trantidis (2016); Young (1990). Häufig wird aber auch gar nicht versucht, Kriterien zu entwickeln, sondern obiges Argument wird verwendet, um Quoten generell als unbrauchbar zu qualifizieren (Rehfeld 2009).

den und durch die Einbindung in die politischen Strukturen und Prozesse aufgenommen werden“ (Godewerth-Pollmann 2007: 133).

Es droht die reale Gefahr, dass die Parteien ihre Integrationsfunktion im Hinblick auf unterschiedliche Altersgruppen verlieren. Bettina Munimus (2012) widmet sich in ihrer Dissertation der höchst aktuellen Frage: Wie wandeln sich CDU und SPD in personeller, institutioneller und organisatorischer Hinsicht, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder sich mehrheitlich im Ruhestand befindet?<sup>16</sup> Die *Deutsche Parteimitgliederstudie 2009* zeigte, dass bei den rund dreitausend Befragten eine Regelung zum internen Ausgleich zwischen Jung und Alt bei insgesamt 43 Prozent auf Zustimmung trifft.<sup>17</sup> Die Quotierung zugunsten von Frauen wurde im Vergleich dazu nur von 35 Prozent als sinnvoll eingestuft (Laux 2011: 170). Eine Nachwuchsquote zur intergenerationellen Angleichung im politischen Prozess wie wir sie vorschlagen, wird dennoch bisher von keiner politischen Partei umgesetzt.<sup>18</sup> Die Rekrutierung des Politiknachwuchses liegt in Deutschland „allein in der Hand der Parteien“ (Leif 2010: 59). Hauptberufliche Positionen würden nahezu ausschließlich an Parteimitglieder vergeben, die sich über mehrere Jahre in der Partei engagiert und zunächst Mandate auf regionaler und kommunaler Ebene wahrgenommen hätten. Andreas Gruber (2009) konnte im Anschluss an Dietrich Herzogs Analyse zum Verlauf politischer Karrieren mit seiner Arbeit die „Ochsentour“ empirisch belegen. Die so genannte Ochsentour, also das Jahrzehnte dauernde Durchlaufen verschiedener Parteiebenen, angefangen von ganz unten, ist immer noch das bestimmende Muster politischer Aufstiege in Deutschland. Bisher gibt es erst zaghafte Ansätze, dies aufzubrechen.

### 5.1. Neuenquote bei den Grünen

Bei ihrer Nachwuchspolitik setzen die Grünen auf die so genannte **Neuenquote** (Reiser 2014: 59). Dieser entsprechend sollen bei Landtagswahlen in Berlin (§22 der Satzung des Grünen Landesverbandes Berlin) und Niedersachsen (§14 [3] der Satzung des Grünen Landesverbandes Niedersachsen) Kandidat\*innen auf die Landesliste der Partei gesetzt werden, die bisher weder in einem Parlament vertreten waren, noch ein politisches Amt innehatten. Konkret bedeutet dies, dass mindestens jeder dritte Listenplatz mit einer/m Kandidat\*in besetzt wird, die/der noch nie in einem Parlament vertreten war und auch noch kein politisches Amt begleitet hat. Dadurch soll sichergestellt werden, dass zu den lang gedienten Abgeordneten in der Partei ein Ausgleich geschaffen wird, indem frische Nachwuchspolitik\*innen die konkrete Chance erhalten, in einen Landtag einzuziehen. Zu beachten ist dabei, dass sich die Neuenquote nicht ausschließlich auf junge Menschen unter 35 Jahren bezieht, sondern alle Altersgruppen miteinschließt.

---

<sup>16</sup> Ihr zentrales Ergebnis ist, dass Mandatsträger und Funktionäre verstärkt antizipierend die Erwartungen und Themen der mehrheitlichen älteren Mitglieder aufgreifen, nicht zuletzt um bei Abstimmungen die Stimmen der Älteren zu erhalten.

<sup>17</sup> Eingehendere Informationen zur Studie unter Klein/Spier 2013.

<sup>18</sup> Zur Frage, die Parteien sich intern organisieren sollten, um als „generationengerechte Parteien“ gelten zu können, siehe den „11-Punkte-Plan“ der SRzG, <https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2018/05/PP-Generationengerechte-Parteien.pdf>

## 5.2. Wahlvorschlagsrecht bei der Linken

Innerhalb der Parteistrukturen auf Landesebene besteht ein Vorschlagsrecht des Jugendverbandes Linksjugend [solid] in insgesamt vier Bundesländern.<sup>19</sup> Es sieht vor, dass die entsprechenden Landesmitgliederversammlungen der Jugendorganisationen zwei Kandidat\*innen für die Vorschlagsliste zur jeweiligen Landtagswahl aus ihren eigenen Reihen benennen.<sup>20</sup> Die beiden vorgeschlagenen Kandidat\*innen haben den gleichen Status wie diejenigen Personen, die als Listenvorschlag der Kreisverbände für die Landtagswahl nominiert wurden, mit dem Unterschied, dass die Kreisverbände entsprechend ihrer Anzahl jeweils einen Vorschlag ernennen dürfen, dem Jugendverband aber das Recht auf gleich zwei Vorschläge zugesprochen wird.

## 6. Internationale Beispiele für Nachwuchsquoten

Die mangelnde Repräsentation jüngerer Menschen in Parlamenten ist kein rein deutsches Problem. Nur 2,2 Prozent der Mitglieder aller Parlamente der Welt zusammengenommen sind jünger als 30 Jahre; nur 14,2 Prozent aller Parlamentarier weltweit sind jünger als 40 Jahre (IPU 2018, 3). Etwa 30 Prozent aller Einkammerparlamente und *Lower Houses* von Zwei-Kammer-Parlamenten der Welt haben keine Abgeordneten unter 30 Jahren; etwa 3 Prozent haben keine Abgeordneten unter 40. Von den *Upper Houses* der Zwei-Kammer-Parlamente haben 67 Prozent keine Abgeordneten unter 30 und 20 Prozent keine Abgeordneten unter 40.

Abbildung 2 zeigt für sechs Altersklassen, getrennt nach Geschlecht, den Anteil von Parlamentarier\*innen und den Anteil der Bevölkerung (Krook/Nugent 2018: 7). Weltweit sind, ähnlich wie in Deutschland, Jüngere (und sehr Alte) im Vergleich zu ihren Bevölkerungsanteilen in Parlamenten unterrepräsentiert, während die über 40 Jährigen bis unter 70 jährigen die Macht in den Händen halten. Nach wie vor sind die männlichen Parlamentarier ihren weiblichen Pendants in jeder Altersgruppe zahlenmäßig überlegen, aber das Geschlechterungleichgewicht ist geringer bei jüngeren Parlamentarier\*innen.

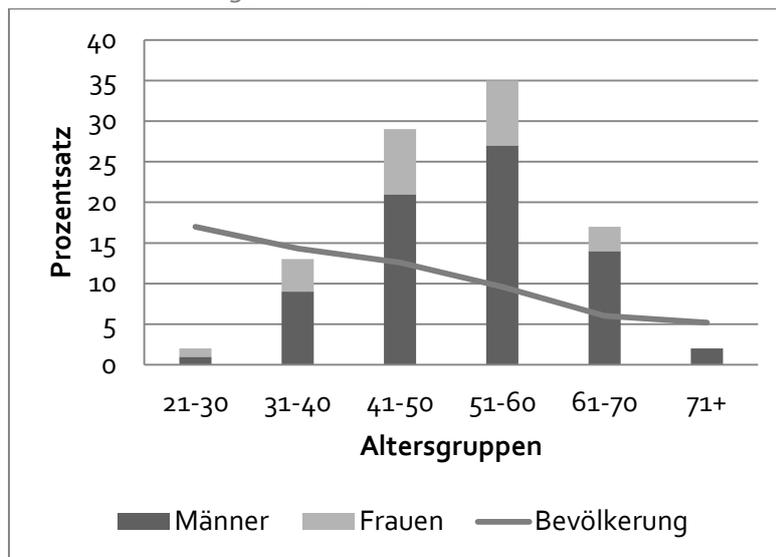
---

<sup>19</sup> Das betrifft Brandenburg, Bremen, Sachsen und Thüringen.

<sup>20</sup> In Brandenburg beispielsweise unter

[http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Vertreterversammlungen/Landesliste\\_2014/Dokumente/14-01-21\\_VV\\_Entwurf\\_Wahl-\\_und\\_Geschaeftsordnung\\_Landesliste.pdf](http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Vertreterversammlungen/Landesliste_2014/Dokumente/14-01-21_VV_Entwurf_Wahl-_und_Geschaeftsordnung_Landesliste.pdf) (20.08.2015) nachzulesen.

Abb.2: Globale Mittelwerte der Abgeordneten nach Alter und Geschlecht, verglichen mit Gesamtbevölkerung (nur Alter)



Quelle: Krook/Nugent 2018: 63.

Die Idee von Nachwuchsquoten gewann in den letzten Jahren an Fahrt. Im Jahr 2018 verankerte die IPU als erste internationale Organisation in ihrer Satzung Klauseln zur Förderung der deskriptiven Repräsentation junger Menschen. Die IPU-Statuten und -Regeln ermutigen nun die 178 Mitgliederparlamente der Organisation, mindestens einen junger parlamentarischer Mann oder eine junge parlamentarische Frau in ihre offizielle Delegation aufzunehmen (IPU 2018, 6) und gewähren den Parlamentsdelegationen extra Redezeit, die dies tun. Die IPU unterstützt auch die globale „Nottooyoungtorun“-Kampagne, die es sich zum Ziel gesetzt hat, das Wählbarkeitsalter an das Wahlalter anzupassen.<sup>21</sup> Derzeit ist das passive Wahlalter in 73 Prozent aller Länder höher als das aktive. Krook und Nugent (2018: 63) haben in einer Vergleichsstudie einen Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein eines erhöhten Wählbarkeitsalters und dem Anteil der Unter-45-Jährigen im Parlament nachgewiesen. Dieser statistisch signifikante, eigenständige Effekt macht bei einer Altersuntergrenze von 25 statt 18 Jahren durchschnittlich einen Unterschied von über fünf Prozent im Anteil der Unter-45-Jährigen aus. Das bedeutet, dass ein niedriges Wählbarkeitsalters in der Regel den Anteil junger Abgeordneter leicht erhöht. Die Abschaffung eines erhöhten Wählbarkeitsalters kann daher ein wirksames Instrument sein, um das Parlament zu verjüngen. In Deutschland liegt das Wählbarkeitsalter für Abgeordnete jedoch bereits relativ niedrig, sodass an dieser Stellschraube in Deutschland nicht mehr gedreht werden sollte. Hier setzen Nachwuchsquoten an.

Einige Länder haben auch tatsächlich schon Nachwuchsquoten verabschiedet. Zu unterscheiden sind (vgl. Spalte „Art der Quote“ in Tab. 1) drei Möglichkeiten: *Erstens*, „reservierte Sitze“ garantieren, dass die junge Generation im Parlament vertreten sein wird, aber wenn man die Anzahl der Sitze auf die Gesamtzahl der Abgeordneten umrechnet, ergibt sich eine

<sup>21</sup> <http://www.nottooyoungtorun.org/>

sehr niedrige Quote.<sup>22</sup> Quoten können, *zweitens*, per Gesetz für alle Parteien vorgeschrieben sein (gesetzliche Quoten) oder, *drittens*, von einzelnen Parteien angewandt werden (Partei-Quoten). Bei Letzteren finden sich tendenziell die höchsten prozentuellen Quotenwerte, allerdings besteht hier keine Gewähr, dass auch wirklich junge Menschen ins Parlament einziehen, weil nicht sicher ist, ob die Partei, die Quoten anwendet, überhaupt gewählt wird.

Immerhin in sechs EU-Länder (Schweden, Kroatien, Ungarn, Zypern, Litauen und Rumänien) gibt es bei mindestens einer Partei eine Nachwuchsquote. In Schweden hat sie beispielsweise die *Swedish Social Democratic Party* eingeführt.<sup>23</sup> Der Prozess der Einführung wurde dadurch begünstigt, dass diese Partei bereits eine Frauenquote eingeführt hatte, und junge Parteimitglieder die Strategie der Frauen kopierten.<sup>24</sup> In anderen Ländern (Uganda, Ruanda und Kenia) wurden Nachwuchsquoten im Zuge von Verfassungsreformen verabschiedet, die die Gesellschaften dieser Länder nach (Bürger-)Kriegen versöhnen sollen. In Tunesien, Marokko und Ägypten wurden Nachwuchsquoten nach dem Arabischen Frühling aufgenommen. Oft waren Gelegenheitsfenster nötig, die zivilgesellschaftliche Akteure beherzt genutzt haben.

Tabelle 1 zeigt, dass bei allen Quoten-Arten die Details stark variieren, Tabelle 2 beschreibt eine kleine Auswahl an Fallstudien etwas detaillierter.

Die Beispiele zeigen, dass Nachwuchsquoten in Parlamenten und Parteien keineswegs unrealistisch sind. Als Fazit lässt sich festhalten, dass es sich um eine Idee handelt, deren Zeit auch für Deutschland gekommen ist.

---

<sup>22</sup> Alle „Reservierte Sitze“-Klauseln haben eine eingebettete Geschlechterquote, d.h. mindestens einer der Sitze steht einer Frau zu. In Ruanda und Kenia ist sogar Parität vorgeschrieben.

<sup>23</sup> In Schweden ist die Altersstruktur innerhalb der dortigen Parteien ausgewogener als in Deutschland. Gemittelt über alle schwedischen Parteien sind über 14 % der Mitglieder unter 26 Jahren.

<sup>24</sup> Die IPU (2018: 28 f.) geht auf die Wechselwirkungen von Frauen- und Nachwuchsquoten ein und empfiehlt, beide Quoten miteinander zu verzahnen, also die eine Quote in die andere einzubetten. Wenn sie nebeneinander existieren, kann es zu der unerwünschten Nebenwirkung kommen, dass junge Männer oder ältere Frauen gegenüber der dann doppelt begünstigten Gruppe der jungen Frauen benachteiligt werden.

Tabelle 1: Übersicht der Nachwuchsquotenregelungen einzelner Länder

Land	Art der Quote	Altersgruppe	Quotenhöhe %	% unter 30 Jahren	% unter 40 Jahren	Geschlechterquote
Ruanda	Reservierte Sitze	unter 35	7,7	1,3	22,5	eingebettet
Marokko	Reservierte Sitze	unter 40	7,6	1,6	14,7	eingebettet
Kenia Unterhaus	Reservierte Sitze	unter 35	3,4	keine Daten	keine Daten	
Kenia Oberhaus	Reservierte Sitze	unter 35	2,9	3,0	26,9	eingebettet
Uganda	Reservierte Sitze	unter 30	1,3	1,1	22,9	eingebettet
Philippinen	gesetzlich	unbekannt	50	1,7	15,8	eingebettet
Tunesien	gesetzlich	unter 35	25	6,5	22,6	gemischt
Gabun	gesetzlich	unter 40	20	0,0	8,6	separat
Kirgistan	gesetzlich	unter 36	15	4,2	35,0	-
Ägypten	gesetzlich	unter 35	divers	1,0	11,8	separat
Nicaragua	Partei(en)	unbekannt	40, <sup>25</sup> 15	1,1	14,1	separat
Rumänien	Partei(en)	unbekannt	30	6,4	35,3	gemischt
Mexiko	Partei(en)	unter 30	30, 20	7,6	35,7	separat
Montenegro	Partei(en)	unter 30	30, 20	9,9	30,9	separat
Vietnam	Partei(en)	unter 40	26,5	1,8	12,3	separat
El Salvador	Partei(en)	unter 31	25	2,4	14,3	separat
Schweden	Partei(en)	unter 35	25	12,3	34,1	separat
Mozambique	Partei(en)	unter 35	20	0,0	17,2	separat
Zypern	Partei(en)	unter 45, 35	20	1,8	12,5	separat
Litauen	Partei(en)	unter 35	unbekannt	2,8	19,2	separat
Ungarn	Partei(en)	unbekannt	20	2,0	29,4	separat
Senegal	Partei(en)	unbekannt	20	0,0	11,0	separat
Angola	Partei(en)	unbekannt	15	0,6	11,1	separat
Türkei	Partei(en)	unbekannt	10	0,2	8,8	separat
Kroatien	Partei(en)	unbekannt	unbekannt	2,7	21,9	separat
Ukraine	Partei(en)	unbekannt	unbekannt	5,0	41,2	separat

Quelle: IPU 2018: 26.<sup>26</sup>

<sup>25</sup> 40 Prozent der Sitze müssen in Nicaragua an Frauen und den Nachwuchs zusammen vergeben werden.

<sup>26</sup> Kein Anspruch auf Vollständigkeit. Die IPU weist darauf hin, dass gerade bei Partei-Quoten die Erfassung aller Parteien der Welt schwierig bis unmöglich ist. In manchen Fällen bestehen Quoten nicht für nationale Wahlen, wohl aber für subnationale, dies ist in Tabelle 1 nicht erfasst.

Tabelle 2: Auswahl der Nachwuchsquotenregelungen einzelner Länder

Land	Bevölkerung	Teilnahme junger Menschen	Wahlrecht
Kenia	43 Millionen	Artikel 98 (c) der Verfassung von 2010 besagt, dass im Senat (upper house) insgesamt 2 Sitze – an eine Frau und einen Mann – zwischen 18 und 35 Jahren vergeben werden.	18 Jahre (aktiv und passiv)
Nicaragua	6 Millionen	Die Partei <i>Frente Sandinista de Liberación Nacional</i> (FSLN) hat 2002 eine Quote von 15 Prozent in ihrer Parteisatzung verabschiedet. Sie garantiert dem politischen Nachwuchs (bis 29 Jahren) Mitwirkung in allen Parteiorganen und bei der Kandidatur zu nationalen Wahlen.	16 Jahre (aktiv) 21 Jahre (passiv)
Peru	31 Millionen	Die beiden Gesetze Nummer 28869 und Nummer 29470 schreiben eine verbindliche Quote junger Menschen bei regionalen und lokalen Wahlen (aber nicht auf nationaler Ebene) vor. Die Quote beträgt 20 Prozent für Menschen im Alter 25 und 29 Jahren bei den Listenaufstellungen der Parteien.	18 Jahre (aktiv) 25 Jahre (passiv)
Ruanda	11,8 Millionen	Artikel 76 (3) der Verfassung von 2003 spricht insgesamt 2 Sitze des Abgeordnetenhauses (lower house) an Personen unter 35 Jahren zu. Bestimmt werden die Abgeordneten durch das National Youth Council.	18 Jahre (aktiv und passiv)
Tunesien	10,9 Millionen	Eine Regelung bei der Listenaufstellung der Parteien im Vorfeld von nationalen Wahlen gibt vor, dass unter den vier obersten Kandidat*innen mindestens eine Person unter 35 Jahren alt sein muss.	18 Jahre (aktiv) 23 Jahre (passiv)
Uganda	38 Millionen	Im nationalen Parlament werden insgesamt 5 Sitze an die Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahren vergeben. Mindestens ein Platz davon wird einer Frau* zugesprochen.	18 Jahre (aktiv und passiv)

Quelle: eigene Zusammenstellung auf Grundlage von IPU 2018, IDEA 2013 sowie UNDP 2013.

## Literatur

- Alemann, Ulrich von (Hg.) (2010): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2014): Generation Wahl-O-Mat. Fünf Befunde zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie im demographischen Wandel. [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/80\\_Politik\\_gemeinsam\\_gestalten/Studie\\_Generation\\_Wahl-O-Mat.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/80_Politik_gemeinsam_gestalten/Studie_Generation_Wahl-O-Mat.pdf). Letzter Zugriff: 01.02.2019.
- Bidadanure, Juliana (2015): Six reasons why the UK parliament should have youth quotas. In: Open democracy UK, 15.06.2015. <https://www.opendemocracy.net/juliana-uhuru-bidadanure/six-reasons-why-uk-parliament-should-have-youth-quotas>. Letzter Zugriff: 01.02.2019.
- Bidadanure, Juliana Uhuru (2014): Treating Young People as Equals: Intergenerational Justice in Theory and Practice. PhD Thesis, University of York.
- Birch, Anthony H. (1971): Representation. London: Macmillan.
- Boston, Jonathan (2016): Governing for the future. Designing democratic Institutions for a better tomorrow. Bingley: Emerald.
- Bruter, Michael / Harrison, Sarah (2009): The Future of Our Democracies: Young Party Members in Europe. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin: Satzung (Fassung vom 29.03.2014). [http://gruene-berlin.de/sites/gruene-berlin.de/files/satzung\\_04\\_2014.pdf](http://gruene-berlin.de/sites/gruene-berlin.de/files/satzung_04_2014.pdf). Letzter Zugriff: 20.01.2016.
- Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Niedersachsen (2014): Satzung (Fassung vom 19.10.2014). [http://www.grueneniedersachsen.de/fileadmin/docs\\_lv/downloads/LV\\_NDS\\_Satzung\\_2014.pdf](http://www.grueneniedersachsen.de/fileadmin/docs_lv/downloads/LV_NDS_Satzung_2014.pdf). Letzter Zugriff: 20.01.2016.
- Datajockey (Hg.) (2015): Junge Deutsche 2015. Junge Lebenswelten und Erwachsenwerden in Deutschland. <https://de.surveymonkey.net/results/SM-gDVKNSSV/auth/> (Kennwort [www.datajockey.eu](http://www.datajockey.eu)). Letzter Zugriff: 01.02.2019.
- Der Bundeswahlleiter (2014): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013 (Heft4). [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/cd805e63-co83-4f8b-ad7a-561b2fa11ofd/btw13\\_heft4.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/cd805e63-co83-4f8b-ad7a-561b2fa11ofd/btw13_heft4.pdf). Letzter Zugriff: 01.02.2019.
- Der Bundeswahlleiter (2013): Bundeswahlgesetz Stand Mai 2013. [https://www.bundestag.de/blob/189210/21ad25fd4ff79aaa1f8ada9239f7d302/bwahlg\\_pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/blob/189210/21ad25fd4ff79aaa1f8ada9239f7d302/bwahlg_pdf-data.pdf). Letzter Zugriff: 01.02.2019.
- Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN): 2002: Estatutos FSLN. <http://www.fsln-nicaragua.com/documentos/estatutos/index.html>. Letzter Zugriff: 20.01.2016.
- Godewerth-Pollmann, These (2007): Jugend und Politik: Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern? Dissertation. Düsseldorf.
- Gosseries, Axel / González-Ricoy, Iñigo (Hg.) (2016): Institutions for Future Generations. Oxford: Oxford University Press.
- Gruber, Andreas K. (2009): Der Weg nach ganz oben. Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker. Springer VS Verlag: Wiesbaden.

- Hainz, Tobias (2014): Der Zusammenhang zwischen Jugendquoten und Altersdiskriminierung. In: *Journal für Generationengerechtigkeit*, 14:(2), 48-56.
- Herr, Vincent Immanuel / Speer, Martin (2015): Jugend wagen. Parteien und Parlamente brauchen eine Quote für die Jugend. In: *ZEIT online*. <http://www.zeit.de/2015/13/jugendquote-generationen-dialog>. Letzter Zugriff: 01.02.2019.
- Inter-Parliamentary Union (IPU) (2018): Youth participation in national parliaments: 2018. <https://www.ipu.org/resources/publications/reports/2018-12/youth-participation-in-national-parliaments-2018>. Letzter Zugriff: 01.02.2019.
- Inter-Parliamentary Union (IPU) (2014): Youth participation in national parliaments. [http://www.ipu.org/pdf/publications/youth\\_en.pdf](http://www.ipu.org/pdf/publications/youth_en.pdf). Letzter Zugriff: 01.02.2019.
- International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) (2013): Youth Participation in Politics and Elections. <http://www.idea.int/about/upload/background.PDF>. Letzter Zugriff: 20.01.2016.
- Klein, Markus / Spier, Tim (2013): Die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009. In: Alemann, Ulrich von / Morlok, Martin / Spier, Tim (Hg.): *Parteien ohne Mitglieder*. Baden-Baden: Nomos, 45-58.
- Korte, Karl-Rudolf (2009): *Wahlen in Deutschland*. Zeitbilder. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Köhler, Lukas (2017): *Die Repräsentation von Non-Voice-Partys in Demokratien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kölln, Ann-Kristin / Polk, Jonathan (2017): Emancipated party members: Examining ideological incongruence within political parties. In: *Party Politics*, 23 (1), 18-29.
- Krook, Mona L. / Nugent, Mary K. (2018): Not Too Young To Run? Age requirements and young people in elected office. In: *Intergenerational Justice Review*, 4 (2), 60-67.
- Laux, Annika (2011): Was wünschen sich die Mitglieder von ihren Parteien? In: Spier, Tim / Klein, Marcus / Alemann, Ulrich von / Hoffmann, Hanna / Laux, Annika / Nonnenmacher, Alexandra / Rohrbach, Katharina (Hg.): *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 157-176.
- Leif, Thomas (2010): *Angepasst und ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfrage. Warum Deutschland der Stillstand droht*. München: C. Bertelsmann.
- Merten, Heike (2007): Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie. In: Decker, Frank / Neu, Viola (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden: Springer VS, 79-113.
- Munimus, Bettina (2012): *Alternde Volksparteien: neue Macht der Älteren in CDU und SPD*. Bielefeld: Transcript.
- Pitkin, Hanna (1967): *The Concept of Representation*. Los Angeles: University of California Press.
- Rehfeld, Andrew (2009): Quotas and Qualifications for Office. In: Shapiro, Ian / Stokes, Susan / Woods, Elisabeth / Kirschner, Alexander (Hg.): *Political Representation*. New York: Cambridge University Press, 236-268.
- Reiser, Marion (2014): The universe of group representation in Germany: Analysing formal and informal party rules and quotas in the process of candidate selection. In: *International Political Science Review*, 35 (1), 55-66.

- Republic of Rwanda (2003): *The Constitution of the Republic of Rwanda* (Stand 2003). Kigali.
- Rose, Michael (2017): *Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie. Theorie und Praxis der Proxy-Repräsentation*. Wiesbaden: Springer VS.
- Scarrow, Susan E. / Gezgor, Burcu (2010): Declining memberships, changing members? European political party members in a new era. In: *Party Politics*, 16 (6), 823-843.
- Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun / Schneekloth, Ulrich (2010): *Jugend 2010: 16. Shell Jugendstudie*. Frankfurt am Main. FISCHER Taschenbuch.
- Sloam, James (2007): Rebooting Democracy. Youth Participation in Politics in the UK. In: *Parliamentary Affairs*, 60 (4), 548–567.
- Statista (2015): Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien in Deutschland (Stand 31. Dezember 2014). <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/192255/umfrage/durchschnittsalter-in-den-parteien/>. Letzter Zugriff: 20.01.2016.
- Thompson, Dennis F. (2010): Representing Future Generations. Political Presentism and Democratic Trusteeship. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 13 (1), 17-37.
- Tozer, Thomas (2018): Is there a sound democratic case for raising the membership of young people in political parties and trade unions through descriptive representation? In: *Intergenerational Justice Review*, 4 (2), 79-91.
- Trantidis, Aris (2016): Is age a case for electoral quotas? A benchmark for affirmative action in politics? In: *Representation*, 52 (2–3), 149–161.
- Tremmel, Jörg (2014): Parlamente und künftige Generationen – das 4-Gewalten-Modell. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64 (38-39), 38-45.
- Tremmel, Jörg / Mason, Antony / Godli, Petter / Dimitrijoski, Igor (2015): Introduction: Youth Quotas. Mapping the Field. In: Tremmel, Jörg / Mason, Antony / Godli, Petter / Dimitrijoski, Igor (Hg.): *Youth Quotas and other Efficient Forms of Youth Participation in Ageing Societies*. Cham: Springer, 1-5.
- United Nations Development Programme (UNDP) (2013): *Enhancing youth political participation throughout the electoral process*. [http://www.undp.org/content/dam/undp/library/Democratic%20Governance/Electoral%20Systems%20and%20Processes/ENG\\_UN-Youth\\_Guide-LR.pdf](http://www.undp.org/content/dam/undp/library/Democratic%20Governance/Electoral%20Systems%20and%20Processes/ENG_UN-Youth_Guide-LR.pdf). Letzter Zugriff: 01.02.2019.
- Wallimann-Helmer, Ivo (2015): Quoten für eine bessere politische Beteiligung junger Bürgerinnen und Bürger? In: Tremmel, Jörg / Rutsche, Markus (Hg.): *Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien*. Wiesbaden: Springer, 225-250.
- Weizsäcker, Richard von (1998): Der generationenübergreifende Dialog. Die Autoren im Gespräch über die Zukunft Deutschlands mit Richard von Weizsäcker. In: Friedrich, Holger/ Maendler, Max/ Kimakowitz, Ernst von (Hg.): *Die Herausforderung Zukunft. Deutschland im Dialog. Ein Appell der jungen Generation*. Berlin: Ullstein, 43-61.
- Wiesendahl, Elmar (2013): Kein Frischblut mehr. Anmerkungen zur Erforschung der Nachwuchskrise der Parteien. In: Alemann, Ulrich von / Morlok, Martin / Spier, Tim (Hg.): *Parteien ohne Mitglieder*. Baden-Baden: Nomos, 79-125.

Young, Iris Marion (1990): *Justice and the Politics of Difference*. Princeton: Princeton University Press.

Ziegler, Andreas R. (2015a): Mitspracherecht für alle, auf allen Ebenen und auf jeweils eigene Weise. Eine Diskussion der Jugendquote als inkrementeller Politik-Innovation für Nachhaltigkeit, In: Tremmel, Jörg / Rutsche, Markus (Hg.): *Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien*. Wiesbaden: Springer, 203-224.

Ziegler, Andreas R. (2015b): *Towards All Voices, from All Levels and in Their Own Ways? A Discussion of the Youth Quota Proposal as an Incremental Policy Innovation for Sustainability*. In: Tremmel, Jörg / Mason, Antony / Godli, Petter / Dimitrijoski, Igor (Hg.): *Youth Quotas and other Efficient Forms of Youth Participation in Ageing Societies*. Cham: Springer, 93-107.

# Über die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen



## Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG): ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswoche): Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.

### UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE!

per Überweisung:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00

BIC (SWIFT\_CODE): GENODEM1GLS

...oder auf [generationengerechtigkeit.info/unterstuetzen/](http://generationengerechtigkeit.info/unterstuetzen/)

### IMPRESSUM

Herausgeberin: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen  
Mannspergerstr. 29, 70619 Stuttgart, Deutschland  
Tel: +49 711 28052777  
Fax: +49 3212 2805277  
E-mail: [kontakt@srzg.de](mailto:kontakt@srzg.de)  
[generationengerechtigkeit.info](http://generationengerechtigkeit.info)

Design: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen  
Bildnachweis: Titelseite: Free-Photos/ pixabay

© Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen  
Februar 2019